



## ایران رپورت

### Iran-Report

12/21

Dezember 2021

---

Innenpolitik	2
Kultur	9
Wirtschaft	12
Aussenpolitik	15

---

Iran befand sich bereits vor der Corona-Pandemie im Krisenmodus. Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Iraner/innen. Die neue US-Regierung hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien monopolisiert die Führung die Macht immer weiter zu Gunsten der Konservativen und Ultras. Insbesondere die Revolutionsgarden sicherten politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewannen an Schlagkraft.

---

#### IMPRESSUM

---

Autor: Bahman Nirumand  
Redaktion: Julia Bartmann  
V.i.S.d.P.: Annette Maennel  
20. Jahrgang

---

## INNENPOLITIK

---

Hundert Tage Raisi-Regierung / Sarif bald vor Gericht / Parlament übergibt Rohanis Akte an die Justiz / Chamenei verurteilt Migration junger Menschen / Neues Gesetz zur Erhöhung der Geburtenrate / Proteste der Bauern niedergeschlagen / Mehr Macht für Militärs / Hinrichtung eines jungen Mannes, der zur Tatzeit 17 Jahre alt war / Narges Mohammadi wieder im Gefängnis / Frauen mit offenen Haaren vor der Teheraner Universität / Verbot von Haustieren / Militärs im Zusammenhang mit Abschuss ukrainischer Maschine vor Gericht

---

### HUNDERT TAGE RAISI-REGIERUNG

Die Bilanz der ersten hundert Tage, die die Regierung von Präsident Ebrahim Raisi hinter sich gebracht hat, sieht nicht rosig aus. Soeben hatte sich Raisi wieder einmal drei Stunden lang mit Wirtschaftsexperten zusammengesetzt, um Lösungen zu finden für Fragen wie: Warum ist die Bilanz der Wirtschaft immer noch so schlecht? Warum gelingt es nicht, die Inflationsrate (derzeit bei über 46 Prozent) auf eine einstellige Zahl zu senken? Warum haben die von der Regierung geleisteten Subsidien keinen Einfluss auf das tägliche Leben der Menschen? Warum beträgt das Wirtschaftswachstum nicht einmal ein Prozent? Warum haben wir dauerhaft ein Defizit im Haushalt? Und dergleichen mehr.

Eigentlich müsste jede Regierung, bevor sie das Amt übernimmt, für alle diese Fragen Lösungen und Pläne vorbereitet haben. Raisi hatte sich auch vor seiner Regierungsübernahme mit Wirtschaftsexperten beraten und ähnliche Sitzungen abgehalten. Dabei hatte Ehsan Chandusi, der später zum Wirtschaftsminister ernannt wurde, erklärt: „Die Wirtschaft ist von Grund auf marode und kann mit Flickschusterei nicht geheilt werden.“ Die Regierung müsse die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Gesellschaftsklassen beseitigen.

Raisi hatte seine Präsidentschaft mit der Parole „Kampf gegen die Korruption“ begonnen und angekündigt, den Devisenmarkt in Ordnung zu bringen. Doch bislang haben weder er noch seine Mannschaft in diesen Bereichen etwas Nennenswertes unternommen. Dies wurde selbst im Parlament, das in seiner überwiegenden Mehrheit hinter der Regierung steht, scharf kritisiert. Einige Abgeordnete warfen der Regierung vor, lediglich die Rolle des Zuschauers zu spielen. Sogar Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf erklärte, die Wirtschaftspläne der Regierung seien nicht klar. „Das Kapital der Menschen auf dem Devisenmarkt hat sich in Rauch verwandelt.“ Sollte die Regierung nichts unternehmen, werde es auf dem Börsenmarkt weiter bergab gehen.

Raisi hat in den hundert Tagen seiner Amtszeit zahlreiche Provinzen besucht und viele Versprechungen abgegeben, doch bisher nichts Konkretes unternommen. Ein Unternehmer sagte: „Raisi stellt Probleme fest, ohne für sie Lösungen anzubieten.“ Bei seiner Antrittsrede im Parlament hatte Raisi erklärt, der Kampf gegen die Corona-Epidemie habe für seine Regierung Priorität. Tatsächlich wurden gleich in den ersten Tagen große Mengen an Impfstoff importiert. Dafür wurde Raisi von seinen Anhängern gelobt. Doch andere machten darauf aufmerksam, dass der Import bereits von der Vorgängerregierung eingeleitet worden war. Mit der Einfuhr ausländischer Impfstoffe gaben die Konservativen und Radikalen das Scheitern ihrer Politik zu, den Impfstoff im eigenen Land produzieren und auf den Import verzichten zu können. Diese unsinnige Politik hat Zehntausende das Leben gekostet.

Viele Kommentatoren vergleichen Raisi mit dem früheren populistischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Seine Parolen, Versprechungen und häufigen Reisen in die Provinz würden an Ahmadinedschads Aktionismus erinnern. Ein konservativer Abgeordneter sagte, das Gute an Raisi sei, dass er nicht so werden könne wie

Ahmadinedschad. Denn er werde, im Gegensatz zu Ahmadinedschad, es nicht wagen, sich dem Revolutionsführer entgegenzustellen.

Tatsächlich scheint Raisi voll unter dem Bann Chameneis zu stehen. Das war bereits vor seiner Amtsübernahme der Fall. Bei seiner Amtseinführung bedauerte er, dass er wegen Corona die Hand Chameneis nicht küssen könne. Man hat den Eindruck, dass er ohne Zustimmung des Revolutionsführers keinen Schritt unternimmt.

Auch außenpolitisch zeigt die Bilanz der hundert Tage der Regierung Raisi keine Besonderheiten. Sein erster Vertreter Mohammad Mochtar sagte: „Die Kontakte, die der Präsident zu einigen Staatsführern aufgenommen hat, haben die außenpolitische Blockade gelöst.“ Was immer damit gemeint sein mag, die Regierung kann jedenfalls mit Ausnahme der Einfuhr von Impfstoffen, die vermutlich mit Geldern gekauft wurden, die China freigegeben hat, keine konkreten außenpolitischen Erfolge vorweisen. Eine einzige Ausnahme bildet die Mitgliedschaft Irans in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die allerdings den Kurswechsel Irans vom Westen in Richtung Osten beschleunigen wird. Die Regierung hofft damit, aus der Isolation herauszukommen und auch wirtschaftlich zu neuen Märkten Zugang finden zu können.

### SARIF BALD VOR GERICHT

Justizsprecher Sabiollah Chodaian erklärte am 16. November vor Journalisten, die Akte über das berühmte Interview des ehemaligen Außenministers Mohammad Dschawad Sarif werde bald abgeschlossen und einem Gericht übergeben. Bei dem Interview, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, hatte Sarif im vergangenen Jahr unter anderem die Einmischung der Militärs in die iranische Außenpolitik kritisiert. Namentlich nannte er General Ghassem Soleimani, den ehemaligen Oberbefehlshaber der Al-Kuds-Brigade, einer Abteilung der Revolutionsgarden, die für Auslandseinsätze zuständig ist. Soleimani wurde am 3. Januar 2020 auf Anordnung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump auf dem Bagdader Flughafen getötet.

Ferner hatte Sarif behauptet, Russland sei gegen das Atomabkommen mit Iran gewesen und habe stets versucht, die Bemühungen zu einem Abkommen zu torpedieren. Schließlich hatte Sarif erklärt, die Führung der Islamischen Republik sei von Beginn an über den Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine am 8. Januar 2020 informiert gewesen. Die Verantwortlichen hatten zunächst behauptet, die Maschine sei wegen eines technischen Fehlers abgestürzt. Erst drei Tage später wurde der Abschuss zugegeben. Das Interview erzeugte viel Aufruhr. Revolutionsführer Ali Chamenei übte öffentlich scharfe Kritik gegen den Minister und sagte, Sarif habe Behauptungen wiederholt, die aus den USA stammten. Parlamentsabgeordnete warfen dem Minister Landesverrat vor. Ohnehin war Sarif, der als Architekt des Atomabkommens gilt, aus der Sicht der Konservativen und Extremisten ein „Verräter“. Sarif entschuldigte sich in einer schriftlichen Erklärung bei Chamenei für seine Äußerungen, „die bei Ihnen eine Missstimmung erzeugt haben“.

Die Akte sei von dem Informationsministerium und den Revolutionsgarden erstellt worden, sagte Chodaian. Dafür seien zahlreiche Untersuchungen durchgeführt und Gespräche mit verschiedenen Personen geführt worden. Die Unterlagen würden demnächst der Staatsanwaltschaft und dem Revolutionsgericht vorgelegt werden.

Das Interview von Sarif, das geheim gehalten werden sollte, war auf bislang unbekanntem Weg in die Öffentlichkeit gelangt. Es war unter der Aufsicht des damaligen Präsidentenberaters Hessamaddin Aschna, der zugleich Chef des Zentrums für strategische Studien war, geführt worden. Aschna legte nach Bekanntwerden des Interviews seine Ämter nieder. Der damalige Präsident Hassan Rohani sprach von einem „Raub“ und machte dafür das Informationsministerium verantwortlich.

Sarif hat nach dem Regierungswechsel kein staatliches Amt mehr bekommen. Derzeit hält er an der Teheraner Universität Vorlesungen.

### **PARLAMENT ÜBERGIBT ROHANIS AKTE AN DIE JUSTIZ**

Das Teheraner Parlament hat den Bericht des Gesundheitsausschusses über die Tätigkeit der Regierung von Hassan Rohani im Kampf gegen die Corona-Epidemie an die Justiz weitergeleitet. Die Abgeordneten forderten in einem Schreiben die Justiz auf, gegen die ehemalige Regierung wegen falscher und schädlicher Entscheidungen zu ermitteln. Der Krisenstab gegen die Corona-Epidemie wurde vor fast zwei Jahren unter der Führung von Präsident Rohani gegründet. Den Anordnungen des Revolutionsführers zufolge waren die Entscheidungen des Krisenstabs gleichzusetzen mit Beschlüssen des Parlaments. 167 Abgeordnete stimmten dem Bericht des Gesundheitsausschusses und den darin enthaltenen Vorwürfen gegen die ehemalige Regierung zu. 28 Abgeordnete lehnten sie ab, 15 Abgeordnete enthielten sich.

In dem Bericht heißt es unter anderem, die Beschlüsse des Krisenstabs seien nicht durch Abstimmung unter den Mitgliedern zustande gekommen. Vielmehr hätten die Mitglieder lediglich ihre Meinungen sagen dürfen, die Beschlüsse seien dann allein von Rohani getroffen worden. Daher sei der Präsident für alle Beschlüsse allein verantwortlich. Ferner habe das Gesundheitsministerium zu spät die Menschen aufgefordert, den heimischen Impfstoff zu benutzen. Die diplomatischen Aktivitäten der Regierung seien zu gering gewesen, um für den rechtzeitigen Import von Impfstoffen sorgen zu können, es habe an Personal, nötiger Infrastruktur sowie Finanzquellen gefehlt. All dies habe dazu geführt, dass die Impfung in Iran, im Vergleich zu anderen Ländern, viel zu spät begonnen habe. Es habe zu wenig Betten gegeben, was zusätzlich die Zahl der Toten in die Höhe getrieben habe.

Grund für den späten Import von Impfstoffen war ein Verbot, das Revolutionsführer Ali Chamenei gegen Impfstoffe ausgesprochen hatte, die aus den USA, Großbritannien oder Frankreich stammten. Mit Blick auf mehr als 40.000 Corona-Tote an einem Tag in den Vereinigten Staaten meinte er: „Wenn sie in der Lage sind, brauchbare Impfstoffe zu produzieren, sollen sie zuerst ihre eigenen Kranken heilen. Vielleicht wollen sie aber ihre Impfstoffe erst in anderen Ländern testen.“ Der damalige Gesundheitsminister Said Namaki hatte das Verbot begrüßt und erklärt, Iran werde zu einem Zentrum der Impfstoffproduktion. Damit wurde der Import von 150.000 gespendeten Biontech-Dosen hinfällig.

Nach der Regierungsübernahme von Ebrahim Raisi betonten die Verantwortlichen die Notwendigkeit, Impfstoffe einzuführen. Auch Chamenei änderte seine Position und sagte, Corona sei das aktuellste Problem des Landes. „Daher müssen so rasch wie möglich, woher auch immer, Impfstoffe zur Verfügung gestellt werden.“ Nun soll die ganze Schuld Rohani und seiner Regierung in die Schuhe geschoben werden.

### **CHAMENEI VERURTEILT MIGRATION JUNGER MENSCHEN**

Mit Blick auf die zunehmende Zahl von Menschen, vor allem Jugendlichen, die das Land verlassen, erklärte Revolutionsführer Ali Chamenei, junge Menschen zum Verlassen des Landes zu ermuntern sei „Landesverrat“. „An einigen Universitäten gibt es gewisse Elemente, die besonders begabte junge Menschen zum Verlassen des Landes ermuntern. Ich sage klipp und klar, das ist Landesverrat, das ist Feindschaft gegen das Land, kein Freundschaftsdienst für junge Menschen“, sagte er bei einem Vortrag vor einer Versammlung von besonders begabten Studierenden.

Die Zahl der Menschen, die Iran verlassen, steigt von Jahr zu Jahr. Unter ihnen befinden sich auch zahlreiche gut ausgebildete Expert/innen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die politischen und gesellschaftlichen Einschränkungen, die unsichere wirtschaftliche Lage und der Mangel an Zukunftsperspektiven veranlassen viele Menschen, insbesondere junge Menschen, ihr Glück im Ausland zu suchen.

„Die Zahl der Ausgebildeten und Experten in unserem Land ist höher als im internationalen Durchschnitt“, sagte Chamenei weiter. „Das ist keine Behauptung, sondern eine Tatsache. Doch es gibt einen samtenen Krieg der Unterdrückermächte, den es immer gegeben hat und der gegen unser Land und andere Länder geführt wird, mit dem Ziel, das Selbstbewusstsein und den Glauben an die eigene Fähigkeit der Menschen zu zerstören.“

Es trifft zu, dass die Zahl der Ausgebildeten und Expert/innen, vor allem unter Frauen, höher liegt als in vielen Entwicklungsländern. Doch die meisten von ihnen sind arbeitslos oder verrichten Tätigkeiten, die nicht zu ihrem Fach gehören, während wichtige Positionen im Land zumeist von Personen besetzt werden, die fachlich kaum in der Lage sind, richtige Entscheidungen zu treffen. Das Land wird von Laien regiert. Wenn ein Minister ein Amt übernimmt, besetzt er alle Positionen bis hin zum Pförtner mit seinen eigenen Leuten, zumeist mit eigenen Verwandten. Das Potential, das das Land personell bietet, und auch die Ressourcen der Natur, liegen in Iran in weiten Teilen brach. Der Ausschuss für Schule und Bildung im Parlament stellte kürzlich fest, dass im Jahr 2019 mehr als 900 Professoren das Land verlassen haben. Die rigorose Säuberung von Andersdenkenden an den Universitäten ist ein wichtiger Grund für die Migration der Intelligenz des Landes. Chamenei weiß sehr wohl, dass die Menschen nicht freiwillig das Land verlassen. Es sind vielmehr die Umstände, die sie dazu zwingen.

## NEUES GESETZ ZUR ERHÖHUNG DER GEBURTENRATE

Ein Expertenkomitee der Vereinten Nationen hat am 17. November das neue Gesetz, das den Titel „Verjüngung der Bevölkerung und Schutz der Familie“ trägt, als „gegen Menschen- und Frauenrechte“ eingestuft und vor der „Gefahr einer Hinrichtung“ im Falle der Abtreibung gewarnt. Bereits zuvor hatte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch das Gesetz als menschen- und frauenfeindlich verurteilt. Die UN-Expert/innen zeigten sich besorgt, dass eine Abtreibung von Gerichten als „Verderben auf Erden“ eingestuft wird, das mit dem Tode bestraft wird. Sie bezeichneten das Gesetz als „brutal und unmenschlich“ und forderten Iran auf, es sofort zurückzunehmen. Ihrer Meinung nach werde die Umsetzung des Gesetzes Frauen daran hindern, Mittel zur Verhinderung von Schwangerschaften einzunehmen, eine Schwangerschaft abzubrechen oder an Informationen über Möglichkeiten der Verhinderung einer Schwangerschaft zu gelangen.

Das Gesetz ist bereits vom Parlament verabschiedet und vom Wächterrath bestätigt worden. Es verbietet jede Art von Abtreibung. Da eine Abtreibung auch eine Angelegenheit der Gemeinschaft ist, wird ein Verstoß gegen dieses Gesetz nach islamischem Recht bestraft. Das islamische Recht richtet sich nach dem Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Somit besteht die Möglichkeit, dass eine Frau, die abtreibt, zum Tode verurteilt wird. Auch Ärzte, Hebammen und Krankenschwestern, die eine Abtreibung unterstützen, werden nach dem neuen Gesetz mit Gefängnis bestraft und bekommen Berufsverbot.

„Wir werden die Folgen dieses Gesetzes genau beobachten und Iran für den Tod von Frauen, die gezwungen sind, ihr Kind abzutreiben, verantwortlich machen“, heißt es in der Erklärung der Expert/innen. Das Gesetz werde Frauen nicht daran hindern, trotz des Verbotes Wege zu finden, um abzutreiben. Das bedeute, dass es in Zukunft weit häufiger illegale Abtreibungen geben und sich damit die Gefahr für Leib und Leben der Frauen erheblich steigern werde. Auch das Verbot der Mittel zur Verhinderung von

Schwangerschaften werde dazu führen, dass weit mehr als bisher Frauen ungewollt schwanger würden, was die Zahl illegaler Abtreibungen erheblich steigern werde.

Offiziellen Statistiken zufolge gibt es in Iran jährlich 300.000 bis 600.000 illegale Abtreibungen. Die iranische Staatsführung ist besorgt, dass die Bevölkerungszahl sinkt. Revolutionsführer Ali Chamenei hat oft die Politik der Geburtenkontrolle, die früher praktiziert wurde, als falsch bezeichnet. Er forderte, alle Maßnahmen zu treffen, um die Zahl der Bevölkerung (derzeit 80 Millionen) auf 100 Millionen zu erhöhen.

Das Parlament und der Wächterrat folgten dieser Aufforderung. Das Gesetz weist das Informationsministerium, die Geheimdienste und die Polizei an, Verkäufer von Verhütungsmitteln zu verfolgen. Sie sollen als „Mittäter“ bestraft werden.

## PROTESTE DER BAUERN NIEDERGESCHLAGEN

Mehrere tausend Bauern, unterstützt von prominenten Sportlern und Schauspielern und mehreren tausend Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Isfahan, haben zwanzig Tage lang gegen den Wassermangel in der Region demonstriert. Sie hatten ihre Zelte in dem zurzeit ausgetrockneten Fluss Zayandeh Rud aufgeschlagen, der einst zur Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen diente. Grund des Wassermangels sind zum Teil unsinnige Staudämme und die Ableitung des Flusses in Industrieanlagen.

Zunächst verhielten sich die Behörden zurückhaltend. Doch nachdem sich immer mehr Menschen den Protesten anschlossen und die Demonstranten in den sozialen Netzwerken immer mehr Zuspruch und Solidaritätsbekundungen erhielten, setzten die Kräfte Gewalt ein. In den letzten Tagen machten sie auch von Schusswaffen Gebrauch. Über die Zahl der möglichen Toten und Verletzten gab es bislang keine genauen Angaben.

Einige Zeitungen berichteten, es habe zwischen den Bauern und den Provinzbehörden Vereinbarungen gegeben. Demnach sollen die Bauern den Behörden zur Erfüllung ihrer Forderungen drei Monate Zeit gegeben haben. Die Provinzregierung habe sich verpflichtet, so bald wie möglich den Zeitpunkt bekanntzugeben, ab dem der Strom wieder fließen wird und alle 15 Tage den Bauern zu berichten, welche Schritte sie unternommen habe. Sollten die Vereinbarungen nicht eingehalten werden, würden die Bauern und die Stadtbevölkerung ihre Proteste wieder aufnehmen.

Die Agentur Fars, die den Ultras nahesteht, berichtete, „einige Rowdys“ hätten das Aufräumen von Zelten verhindern wollen. Schließlich hätten sie die Zelte in Brand gesteckt. Daher seien die Ordnungskräfte eingeschritten und hätten einige von ihnen festgenommen. Auch die rechtsorientierte Agentur Tasnim berichtete, es habe zwischen den Bauern, die für oder gegen die Vereinbarungen mit der Provinzregierung waren, Auseinandersetzungen gegeben. Drei Personen hätten ins Krankenhaus gebracht werden müssen.

Auch in anderen Gegenden Irans gibt es immer wieder Proteste gegen Wassermangel, unter dem vor allem die Landwirtschaft zu leiden hat. Ein wichtiger Grund für den Wassermangel ist der Umstand, dass jeder, der Macht und Geld hat, das Wasser für sich und sein Unternehmen anzapft. Flüsse werden ohne Rücksicht auf die Bevölkerung umgeleitet. Innenminister Ahmadi Wahidi hat aber eine andere Auffassung. Er sagte: „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Feinde unseres Staates die Lage für ihre Zwecke missbrauchen. Sie versuchen immer wieder, Salz auf die Wunden der Bauern zu streuen.“

## MEHR MACHT FÜR MILITÄRS

Die konservative Tageszeitung Dschomhuri Eslami kritisierte, dass die Regierung von Ebrahim Raisi ungewöhnlich viele Militärs zu Provinzgouverneuren und Stadtverwaltern ernannt habe. Innenminister Ahmad Wahidi habe auf viele Fragen, die diesbezüglich an ihn gerichtet worden seien, geantwortet, er habe dem Wunsch der Bevölkerung entsprochen, die Provinzen von Militärs verwalten zu lassen. „Wahidi hat aber nicht erklärt, wie er diesen Wunsch der Bevölkerung festgestellt hat“, schreibt die Zeitung.

Wahidi ist selbst General der Revolutionsgarden. Eine Zeit lang war er Chef der Al-Kuds-Brigade, die für Auslandseinsätze zuständig ist. Seitdem er zum Innenminister ernannt worden ist, hat er zahlreiche Gouverneursposten mit Militärs aus den Reihen der Revolutionsgarden besetzt. Die Zeitung schreibt: „Wenn man die Bewohner der Provinzen nach dem Namen des Gouverneurs fragt, können vermutlich die wenigsten die richtige Antwort geben. Umso mehr verwundert, dass sie den Wunsch geäußert haben sollen, sich von einem Angehörigen der Revolutionsgarden verwalten zu lassen.“ Weiter schreibt die Zeitung: „Wäre es für unser Land nicht besser, wenn jeder in seinem eigenen Beruf, für den er ausgebildet worden ist, arbeitet?“

Es ist nicht selten in der Islamischen Republik, dass Militärs hohe Posten in der Verwaltung übernehmen. Besonders in der Regierungszeit von Mahmud Ahmadinedschad häuften sich die Ernennungen. Aber in der Regierung von Raisi haben die Ernennungen der Militärs bereits eine Rekordhöhe erreicht.

## HINRICHTUNG EINES JUNGEN MANNES, DER ZUR TATZEIT 17 JAHRE ALT WAR

Medienberichten zufolge wurde am 24. November der 25-jährige Arman Abdolali im Redschai-Shahr-Gefängnis in der Nähe der Hauptstadt Teheran hingerichtet. Die Hinrichtung war sechs Mal verschoben worden, der Prozess war umstritten. Abdolali war zur Tatzeit 17 Jahre alt. Er wurde beschuldigt, seine Freundin getötet zu haben. Er bestritt, die Tat begangen zu haben.

Die Freundin war verschwunden. Eine Leiche wurde nie gefunden. Der Beschuldigte sagte dem Gericht, er sei nach der Festnahme in eine Einzelzelle gebracht und 76 Tage lang gefoltert und gequält worden, um falsche Geständnisse abzulegen. Dem Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zufolge hatte das Gericht, statt den Vorwürfen des Angeklagten nachzugehen, die Geständnisse seinem Urteil zugrunde gelegt. Auch die Ermittlungen der Polizei seien unzureichend und der Prozess „extrem ungerecht“ gewesen.

Weltweit erzeugte die Hinrichtung Empörung. Sowohl die UNO als auch die EU verurteilten die Hinrichtung „auf das Schärfste“. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler, erklärte: „Die Todesstrafe ist eine unmenschliche Art der Bestrafung, welche die Bundesregierung unter allen Umständen ablehnt.“ Sie zeigte sich schockiert und äußerte Zweifel an der Korrektheit des Prozessverlaufs.

## NARGES MOHAMMADI WIEDER IM GEFÄNGNIS

Die bekannte Menschenrechtsaktivistin Narges Mohammadi wurde, wie von ihrem Mann, Taghi Rahmani, am 16. November auf Twitter mitgeteilt wurde, erneut ins Gefängnis gebracht. Sie wurde während einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Proteste im November 2019 festgenommen. Sie war im Juni dieses Jahres von einem Revolutionsgericht wegen der Veröffentlichung eines Aufrufs gegen die Todesstrafe, Hungerstreik im Gefängnis, Missachtung der Gefängnisvorschriften und dergleichen mehr zu 30 Monaten Gefängnis, 80 Peitschenhieben und einer Geldstrafe verurteilt worden.

Mohammadi war im Oktober vergangenen Jahres aus der Haft entlassen worden, hatte aber weiterhin Ausreiseverbot. Sie gehört zu den bekanntesten Menschenrechtsaktivistinnen in Iran. Sie war stellvertretende Vorsitzende und Sprecherin des Vereins zur Verteidigung von Menschenrechten, wurde bereits 2010 zum ersten Mal festgenommen und musste seitdem mehrere Jahre im Gefängnis verbringen.

Einen Tag nach ihrer erneuten Festnahme berichtete ihr Mann, ihr sei von der Gefängnisleitung mitgeteilt worden, dass sie sich dort 30 Monate lang aufhalten müsse. Die 80 Peitschenhiebe werde man ausführen. Am Telefon habe sie ihm gesagt, sie werde sich wehren und sich nicht auspeitschen lassen. Dann sei das Gespräch abgebrochen worden. „Ich möchte betonen, dass meine Frau sich in einer Einzelzelle befindet“, twitterte Rahmani.

### **FRAUEN MIT OFFENEN HAAREN VOR DER TEHERANER UNIVERSITÄT**

Fünfzehn junge Frauen, die ihr Studium abgeschlossen hatten, stellten sich glückstrahlend, lachend und singend vor das Portal der Teheraner Universität. Nur eine einzige von ihnen trug ein Kopftuch. Auf dem Video, das blitzartig in den sozialen Netzwerken veröffentlicht wurde, ist ein Motorradfahrer mit einer voll verschleierten Frau auf dem Rücksitz zu sehen. Beide scheinen überrascht zu sein. Einige Passanten bleiben stehen und schauen den Frauen zu, andere laufen gleichgültig vorbei.

Die Teheraner Universität gilt als Symbol des Widerstands. Sie befindet sich in der Straße, die den Namen Revolution trägt. Das ganze Viertel, in dem sich zahlreiche Buchhandlungen befinden und auch auf den Gehsteigen Bücher feilgeboten werden, ist ein Treffpunkt von Intellektuellen, Künstler/innen und Schriftsteller/innen. Hätten die Frauen im südlichen Teil der Stadt ihren freundlichen Protest gegen den Kleidungszwang kundgetan, wäre die Aktion vermutlich nicht ohne Zwischenfall möglich gewesen. Noch vor nicht allzu langer Zeit hätten die Ordnungskräfte auf diese Aktion mit Gewalt reagiert. Junge Frauen, die vor zwei Jahren auf öffentlichen Plätzen demonstrativ ihr Kopftuch ablegten, sitzen heute noch im Gefängnis.

Dieses Mal sind Sittenwächter und die Polizei nicht eingeschritten, es gab auch, soweit bekannt, keine Festnahmen. Die einzige Reaktion des Regimes bestand darin, dass wenig später etwa dreißig voll verschleierte Frauen sich auf denselben Platz stellten und Parolen gegen die USA und Israel skandierten. Auch diese Aktion wurde in den Netzwerken per Video verbreitet. Es gab unzählige widersprüchliche Kommentare. Zwei Szenen, die die heutige Gesellschaft in Iran widerspiegeln.

### **VERBOT VON HAUSTIEREN**

Das islamische Parlament beschloss am 17. November ein Verbot der privaten Tierhaltung. Demnach soll künftig das Halten von Tieren und Gassigehen bestraft werden. Fahrzeuge, in denen Hunde oder Katzen transportiert werden, werden für drei Monate beschlagnahmt. Vermietern von Wohnungen und Häusern ist untersagt, ihre Immobilien an Haustierbesitzer zu vermieten.

Aus der Sicht der Islamisten sind Tiere unrein. Daher sollen sie zu Privaträumen keinen Zugang haben. Vermutlich werden viele Menschen das Gesetz ignorieren. Es ist bemerkenswert, dass gerade in den letzten Jahren die private Tierhaltung stark zugenommen hat.

## MILITÄRS IM ZUSAMMENHANG MIT ABSCHUSS UKRAINISCHER MASCHINE VOR GERICHT

Erst nach fast zwei Jahren müssen sich zehn Militärs wegen des Abschusses der ukrainischen Passagiermaschine vor Gericht verantworten. Die Maschine mit 176 Personen an Bord wurde am 8. Januar 2020 kurz nach dem Abflug mit zwei Raketen abgeschossen. Drei Tage lang leugnete das Regime den Abschuss und versuchte, den Absturz mit technischen Fehlern oder Versagen der Piloten zu begründen. Schließlich musste es unter internationalem Druck einräumen, dass die Maschine von Mitgliedern der Revolutionsgarden „versehentlich“ abgeschossen worden sei.

Iran hatte sich wenige Tage nach dem Vorfall bereit erklärt, den Hinterbliebenen der Opfer eine Entschädigung von jeweils 150.000 Dollar zu zahlen. Doch sowohl die Angehörigen als auch die betroffenen Staaten, Kanada und die Ukraine, verlangten vollständige Offenlegung des Vorgangs und Bestrafung der Verantwortlichen.

Nun stehen zehn Militärs vor einem Militärtribunal. Die Hinterbliebenen glauben nicht an einen ordentlichen Prozess. Zudem vermuten sie, dass es sich bei den zehn Militärs um Bauernopfer handelt und die wahren Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Ihnen ist vor allem wichtig, herauszufinden, ob, wie das Regime behauptet, der Abschuss tatsächlich versehentlich geschah oder gewollt und geplant war.

---

## KULTUR

---

Farhadi wehrt sich gegen Kritik / Philosoph Dustdar gestorben / Zeitung wegen einer Grafik verboten

---

## FARHADI WEHRT SICH GEGEN KRITIK

Der international bekannte zweifache Oscar-Gewinner Asghar Farhadi hat sich am 16. November gegenüber den Kritikern, die ihm vorwerfen, sich nicht deutlich genug gegen das herrschende Regime in Iran zu äußern, auf Instagram geäußert. Die Kritiken waren schärfer geworden, nachdem Iran seinen neuen Film „Ghahreman“ (Der Held) offiziell für den Oscar angemeldet hatte.

„Anlass dieser Stellungnahme sind die Äußerungen einer Person, die ich nicht kenne und die mir Nähe zum Regime vorwirft“, schreibt Farhadi zu Beginn. „Lassen Sie mich klar und deutlich sagen: Ich finde Sie widerlich.“

Dann fährt er fort: „Wie können Sie mir mit so viel List und Tücke die Nähe zu einem Regime unterstellen, dessen extremistische Medien keine Gelegenheit ausgelassen haben, um mich zu denunzieren, zu einem Regime, dessen Machenschaften ich deutlich kritisiert habe, bei den Unruhen im Januar 2018, im November 2019 und bei dem bitteren und unverzeihlichen Ereignis, das zum Tod von Passagieren der ukrainischen Passagiermaschine geführt hatte. Ich habe die ungerechte und ungleiche Behandlung der Frauen und Mädchen und das Treiben der Menschen in den Tod durch Corona kritisiert.“

An die Verantwortlichen und Anhänger des Staates gerichtet schrieb Farhadi weiter: „Wie könnt ihr mich (für den Oscar) nominieren, wenn ihr mir den Pass weggenommen und mich verhört habt.“

An die Kritiker schrieb er: „Wie könnt ihr mir Nähe zu dem Regime unterstellen, obwohl ich oft gewarnt wurde, nicht mehr nach Iran zurückzukehren?“

Der Filmemacher Dawud Moradian hatte am Tag zuvor in einem Interview mit einer Nachrichtenagentur gesagt: „Asghar Farhadi ist ein schlauer Regisseur, er liebäugelt sowohl mit dem Regime als auch mit dessen Gegnern.“ Offenbar hat diese Äußerung bei Farhadi das Fass zum Überlaufen gebracht. Er schrieb, er habe kein Problem damit, wenn die Nominierung seines Films zurückgenommen werden würde.

Die Kritik gegen Farhadi begann, als er bei der Entgegennahme seines Preises bei den Filmfestspielen in Cannes im Sommer dieses Jahres kein Wort über die Unruhen in der Provinz Chusistan und das brutale Vorgehen des Regimes gegen die Demonstranten verlor. Er hätte die Tribüne, auf die die Aufmerksamkeit der Medien gerichtet war, dazu benutzen müssen, um die Öffentlichkeit über die Brutalitäten des Regimes zu informieren, hieß es.

Nach der Rückkehr aus Cannes twitterte Farhadi über Plakate, die mit seinem Bild in Teheran hingen: „Die gerechten Schreie der Menschen über das ihnen widerfahrene Unrecht werden vom Regime mit Gewehrschüssen beantwortet. Ich möchte, dass auf den Plakaten die Rufe jener leidtragenden Mutter stehen, die auf einem Video rief: Warum schießt ihr auf meinen Sohn?“

Die Zeitungen, die dem Regime nahestehen, warfen Farhadi „Schwarzmalerei“ vor. Die ultrakonservative Tageszeitung Kayhan kritisierte scharf die Entscheidung, Farhadis Film für den Oscar nominiert zu haben. „Der Film propagiert die Ehrlosigkeit, er wurde von Katar finanziert. Darin wird die Verteidigung der Familienehre als Gewalt und Unrecht dargestellt.“

Gegner des Regimes kritisierten auch, dass Farhadi seinen Film mit Schauspielern besetzt hat, die in Filmen spielten, die vom Geheimdienstministerium produziert wurden. Dazu sagte Farhadi, für ihn seien allein die spielerischen Fähigkeiten entscheidend und nicht die Filme, in denen sie früher gespielt hätten. Dazu sagte der bekannte Filmemacher Mohammad Rassulof spöttisch: „Nach dieser Logik war Eichmann nur ein Soldat, der seine Pflichten erfüllte.“ Es gab eine Kampagne zum Boykott des Films. Auf die Stellungnahme von Farhadi gab es in den sozialen Netzwerken unterschiedliche Reaktionen. Manche bezeichneten sie als Zeichen der Schwäche, andere als klar und mutig.

Farhadi war sehr populär und beliebt, vor allem bei Angehörigen der iranischen Mittelschicht, deren Probleme und Anliegen er in seinen Filmen zum Thema machte. Doch nun schlossen sich einige der Boykottkampagne an. Man wirft ihm Verniedlichung der unerträglichen realen Verhältnisse vor, er habe zum Beispiel die Lage in den Gefängnissen als harmlos dargestellt. Viele betrachten ihn als konservativ, als jemanden, der immer den Mittelweg sucht, der nicht zu sehr anecken will. Seine Kritik sei unscharf und vage. Er sei kein entschiedener Gegner des Regimes, möchte im besten Fall, dass die Lage so bleibe wie sie ist.

Demgegenüber werfen die noch zahlreichen Anhänger Farhadis den Kritikern vor, sie würden jeden ablehnen und denunzieren, der nicht ihrer Meinung sei. Es gebe auch Versuche, den Ruf berühmter Vertreter des Landes zu zerstören. Die iranische Mittelschicht und deren Symbolfiguren, die gegen Extremismus seien und nach Demokratie und Freiheit strebten, sollten als unglaubwürdig dargestellt werden. Einige Vertreter des Regimes forderten die Rücknahme der Nominierung Farhadis für den Oscar. „Wenn Farhadi die Islamische Republik hasst, besteht kein Grund für Iran, seinen Film für den Oscar zu nominieren“, schrieb eine Zeitung.

## PHILOSOPH DUSTDAR GESTORBEN

Der in Deutschland lebende iranische Philosoph Aramesh Dustdar ist am 27. Oktober im Alter von 90 Jahren gestorben. In Teheran geboren, hatte er bereits in seiner Jugend die Gelegenheit, durch seinen Bruder zu bekannten Intellektuellen Kontakt aufzunehmen. Nach Abschluss seiner Schulzeit begab er sich zum Studium nach Deutschland, wo er in Bonn sein Studium der Philosophie mit einer Promotion über Friedrich Nietzsche abschloss. Danach kehrt er nach Iran zurück und lehrte Philosophie an der Teheraner Universität. Nach der Revolution und Schließung der Universitäten wurde er entlassen. Er kehrte nach Deutschland zurück und lebte bis zu seinem Tod in Köln.

Dustdar gehörte zu den streitfreudigsten Intellektuellen Irans und zu den schärfsten Kritikern der „religiösen Kultur“. Er verfasste einige Bücher, in denen er sich hauptsächlich mit Fragen von Kultur und Religion, Moral und Glauben, Autonomem Denken und Glauben und nicht zuletzt mit dem Islam auseinandersetzte.

Sein Artikel, der in der Zeitschrift „Alefba“ veröffentlicht wurde, machte ihn als einen mutigen, scharf denkenden Philosophen bekannt. Er entwickelte eine besondere Sprache, prägte neue Begriffe, verdammt jegliche Form des Aberglaubens. Eine seiner Hauptthesen ist, dass der Glaube das autonome Denken verhindert. Er setzte sich mit traditionellen Gesellschaften auseinander, in denen die Religion das Leben der Menschen beherrscht. Das Denken beginne mit Fragen und der Suche nach Antworten, dabei gebe es keine Grenzen, keine Verbote und Gebote. Eine Gesellschaft, die vom Glauben beherrscht werde, negiere das Denken. Das sei die eigentliche Ursache für Rückständigkeit. Der Glaube habe für alle Fragen eine Antwort, ohne einem Zweifel Raum zu geben. Dieses Gefangensein im Glauben werde nicht damit aufgehoben, dass bestimmte Glaubensgrundsätze in Frage gestellt werden. Das Gefangensein sei ein zähes Phänomen, das über Jahrhunderte eine Gesellschaft beherrsche.

Dustdar leugnete nicht, dass das Aufleben des Islamismus ihn zu seiner scharfen Kritik veranlasst habe. Doch er war bemüht, seine Philosophie und seine Gedanken und Thesen als grundsätzlich darzustellen. Er hatte viele Feinde, aber auch viele Freunde, die sein scharfes Denken bewunderten. Unabhängig von seinen umstrittenen Thesen bestand sein Verdienst darin, dass er Tabus aufdeckte und eine längst fällige Diskussion über die Rolle der Religion in der Gesellschaft in Gang setzte.

## ZEITUNG WEGEN EINER GRAFIK VERBOTEN

Die im Ministerium für Kultur und Islamische Führung angesiedelte Medienaufsicht hat das Erscheinen der Zeitung Kelid wegen einer Grafik eingestellt. Die Grafik zeigt eine Person, die mit der linken Hand einen roten Strich über die Seite zieht. An einem der Finger trägt sie einen Ring. Unter dem Strich sind Menschen zu sehen, die versuchen, den Strich zu überwinden. Die Grafik ist einem längeren Artikel über die Armut in Iran zugeordnet. Sie deutet offensichtlich auf Revolutionsführer Ali Chamenei, dessen rechter Arm seit einem Bombenanschlag 1981 gelähmt ist. Er trägt an der linken Hand einen Ring. Die Linie markiert die Armutsgrenze, unter der sich ein Großteil des Volkes befindet. In dem Artikel ist von Millionen Menschen die Rede, die in Armut leben.

Die in London erscheinende persischsprachige Zeitung „Kayhan London“ behauptet, die Grafik bereits vor einem Jahr und danach mehrmals im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage in Iran veröffentlicht zu haben. Die Zeitung Kelid erscheint seit 2015.

Das Sekretariat der Medienaufsicht hat den Medien zufolge in einer Sitzung am 8. November unter dem Vorsitz des Ministers für Kultur und Islamische Führung, Mohammad Mehdi Esmaili, den Fall überprüft und der Zeitung die Lizenz entzogen.

Es ist nicht klar, ob die Zeitung wegen des kritischen Artikels oder wegen der Grafik verboten wurde. Einige Zeitungen verurteilten die Veröffentlichung der Grafik. Es ist anzunehmen, dass die Zeitung doch wegen der Grafik verboten wurde, denn die steigende Armut und die Wirtschaftskrise sind so offensichtlich, dass selbst die Verantwortlichen sie nicht mehr leugnen können.

Es ist nicht das erste Mal, dass eine Zeitung wegen einer kritischen Grafik oder Karikatur verboten wird. Beispiele dafür gibt es zuhauf. Bereits vor dreißig Jahren veröffentlichte eine Zeitung die Karikatur eines Fußballspielers, dessen Gesicht Züge von Ayatollah Chomeini trug. Der Zeichner Hassan Karimsadeh wurde zunächst zu einem Jahr Gefängnis, 50 Peitschenhieben und einer Geldstrafe verurteilt. Doch der damalige Staatsanwalt beim Revolutionsgericht und der gegenwärtige Präsident, Ebrahim Raisi, protestierten gegen das Urteil und erreichten damit eine Erhöhung der Gefängnisstrafe auf zehn Jahre.

---

## WIRTSCHAFT

---

Zehn Prozent mehr Armut / Resai: „Wir schmuggeln das Öl und bringen Dollars heimlich ins Land“ / China kauft weiterhin verbilligtes Öl aus Iran / Iran könnte bald zum Importeur von Öl und Gas werden / Atomverhandlungen neu aufgenommen

---

### ZEHN PROZENT MEHR ARMUT

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im iranischen Parlament sagte: „Rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung befindet sich in einer besorgniserregenden Lage.“ Die weit verbreitete Armut habe um zehn Prozent zugenommen. Dafür machte er die Vorgängerregierung verantwortlich.

Einem Bericht des Ministeriums für Arbeit und Soziales vom November dieses Jahres zufolge lebten im vergangenen Jahr 26 Millionen Menschen in „absoluter Armut“. Und das Institut für Sozialforschungen erklärte, die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, habe sich in den Jahren 2019 und 2020 im Vergleich zu den Vorjahren verdoppelt. Der Direktor des Instituts, Rusbeh Karduni, hatte im August dieses Jahres erklärt, die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut lebten, habe sich auf 25 Millionen erhöht.

Ungeachtet der Kritik gegen die Vorgängerregierung scheint sich der Trend auch unter der amtierenden Regierung von Ebrahim Raisi fortzusetzen. Amtlichen Statistiken vom November dieses Jahres zufolge liegt die Inflationsrate bei 45,4 Prozent. Raisi hatte bei seiner Amtsübernahme im August dieses Jahres eine rasche Besserung der Lage angekündigt, unter anderem den Bau von jährlich einer Million Wohnungen. Doch derlei populistische Ankündigungen, die ohnehin nicht realisierbar sind, können keine Abhilfe schaffen. Die iranische Wirtschaft, die sich schon seit Jahren in einer tiefen Krise befindet, muss grundlegend reformiert werden. Doch dazu scheint die Regierung Raisi nicht in der Lage zu sein.

### RESAI: „WIR SCHMUGGELN DAS ÖL UND BRINGEN DOLLARS HEIMLICH INS LAND“

Vizepräsident Mohssen Resai, zuständig für die Wirtschaft, erklärte am 5. November, Iran bringe die Einnahmen aus dem Verkauf des geschmuggelten Öls heimlich ins Land. Er forderte mit Blick auf den Boykott des iranischen Ölexports seit drei Jahren, Iran solle die US-Sanktionen durchbrechen. „Wir schmuggeln das Öl und bringen die Dollars, die wir für den Verkauf bekommen, heimlich ins Land zurück.“

Auch der berühmte Prediger in der Stadt Maschad im Nordosten des Landes, Alamalhodi, sagte zu den Boykottmaßnahmen: „Zum Glück ist die neue Regierung mutig und entschlossen, die Sanktionen zu durchbrechen. Dadurch haben wir mehr Öl verkauft. Wir können mit gewissen Tricks unser Öl überall in der Welt verkaufen und damit das Leben der Menschen in unserem Land erleichtern.“ Der Prediger, der Schwiegervater des Präsidenten Ebrahim Raisi ist, sagte weiter: „Das letzte Mittel der Amerikaner gegen uns war, zu verhindern, dass wir die Einnahmen aus dem Verkauf des Öls über internationale Banken in unser Land transferieren können. Aber dank der Aktivitäten der Regierung sind wir nicht mehr auf internationale Banken angewiesen.“

### **CHINA KAUFTE WEITERHIN VERBILLIGTES ÖL AUS IRAN**

China setzt trotz Sanktionen den Import von verbilligtem Öl aus Iran fort, was von Washington bislang geduldet wird. Wie die Agentur Reuters unter Berufung auf Ölgesellschaften berichtete, hat der Import des iranischen Öls in den drei vergangenen Monaten ein Volumen von einer halben Million Barrel pro Tag erreicht. Offenbar sind regierungsunabhängige chinesische Käufer bereit, für den günstigen Ölpreis, den Iran ihnen anbietet, Sanktionen seitens der USA zu riskieren. Wie Reuters schreibt, scheint US-Präsident Joe Biden von Sanktionen gegen die chinesischen Unternehmen abzusehen und den Export des iranischen Öls hinzunehmen, um Teheran für ein neues Atomabkommen gewinnen zu können.

Die Einnahmen Irans aus dem Ölexport betragen nach Einschätzung einiger Beobachter 1,3 Milliarden Dollar pro Monat. Ein Großteil der Einnahmen kommt aus China. Iran hat im August im Durchschnitt täglich 460.000, im September 545.000 und im Oktober 470.000 Barrel Öl nach China exportiert.

Sollte China die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Epidemie bewältigen und damit sein Wirtschaftswachstum erhöhen können, ist nach Meinung von Experten zu erwarten, dass die Ölimporte aus Iran erheblich zunehmen werden. Denn die Preisnachlässe, die Iran für chinesische Käufer vorsieht, sind beachtlich.

Da die staatlichen Unternehmen mit Rücksicht auf die Sanktionen kein Öl aus Iran beziehen, tauchen die Ölimporte des iranischen Öls in den offiziellen Statistiken des Zollamts nicht auf. Schätzungen besagen, dass Iran sechs Prozent des chinesischen Ölbedarfs deckt. Das eingeführte Öl wird als Import aus den Ländern Oman, Arabische Emirate und Malaysia registriert.

Der Preisnachlass, den Iran den chinesischen Unternehmen gewährt, liegt bei vier bis fünf Dollar pro Barrel. Die chinesische Regierung ermuntert indirekt die unabhängigen Unternehmen, das iranische Öl zu importieren. Das Außenministerium in Peking nahm zu dem Bericht von Reuters Stellung. „Der normale Handel zwischen China und Iran muss akzeptiert werden“, hieß es. Die Sanktionen gegen Iran sollten aufgehoben werden. Eine Stellungnahme Teherans und Washingtons liegt zu dem Bericht nicht vor.

### **IRAN KÖNNTE BALD ZUM IMPORTEUR VON ÖL UND GAS WERDEN**

Der neue Ölminister Dschawad Odji sagte auf einer gemeinsamen Sitzung mit dem Chef der Planorganisation: „Iran benötigt 160 Milliarden Dollar Investitionen in der Ölindustrie. Sollte dies nicht gelingen, werden wir bald auf Importe von Gas und Öl angewiesen sein.“ In den vergangenen Jahren seien keine erforderlichen Investitionen getätigt worden.

Die iranische Ölindustrie ist mit amerikanischen Sanktionen konfrontiert, die zum Teil bereits in den neunziger Jahren verhängt wurden. Sie verhinderten größere Investitionen

ausländischer Unternehmen. Die Folge ist, dass die Infrastruktur der iranischen Ölindustrie abgenutzt und marode geworden ist.

Auch Mohssen Chodschasteh, Geschäftsführer der iranischen Ölgesellschaft, warnte, sollten in der Öl- und Gasindustrie nicht die notwendigen Erneuerungen stattfinden, werde Iran bereits 2025 Öl und Gas importieren müssen.

Iran ist weltweit das Land mit den zweitgrößten Gasreserven. Doch das Land ist, wegen Mangel an eigenen Förderungsmöglichkeiten, bereits jetzt bemüht, Gas aus Turkmenistan zu importieren. Zugleich erklärte der Gewerkschaftler Ardeschir Dadras, gemäß einem Vertrag zwischen Iran und Russland dürfe Iran, solange seine Gasproduktion den Eigenbedarf decke, kein Gas aus seinen Quellen am Kaspischen Meer fördern.

Die US-Sanktionen haben nicht nur dazu geführt, dass ausländische Investitionen ausgeblieben sind, sie haben auch seit dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen die Möglichkeit des Landes, Öl-, Gas- und chemische Produkte zu verkaufen, stark eingeschränkt. Offiziellen Angaben zufolge sanken die Öleinnahmen von 100 Milliarden im Jahr auf acht Milliarden Dollar. Damit hat Iran seine Position innerhalb der Öl produzierenden Länder verloren. Zuvor stand Iran unter den OPEC-Ländern an zweiter Stelle. Gegenwärtig versucht Iran, die Sanktionen zu umgehen. Doch selbst wenn dies gelingt, kann das Land die Einnahmen nicht transferieren. Daher wird das Öl statt gegen Geld gegen Waren verkauft.

### ATOMVERHANDLUNGEN NEU AUFGENOMMEN

Nach fünfmonatiger Pause wurden die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm neu aufgenommen. Unter dem Vorsitz von EU-Vertreter Enrique Mora und Ali Bagheri Kani, dem Vizeaußenminister Irans, trafen sich die Vertreter Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs, Russlands und Chinas am 29. November in Wien. Die USA sind indirekt an den Gesprächen beteiligt. Direkte Gespräche mit Washington lehnt Teheran auf Anordnung des Revolutionsführers Ali Chamenei ab. Die USA bewerteten diese Entscheidung als „schädlich und zeitraubend“.

Die iranische Delegation, die nach dem Regierungswechsel in Teheran neu zusammengestellt wurde, besteht vorwiegend aus Personen, die zuvor gegen die Vereinbarungen von 2015 waren. Daher wird allgemein angenommen, dass in der neuen Runde die Verhandlungen schwieriger sein werden als die mit der Delegation, die zuvor Iran vertreten hat.

Gleichzeitig mit dem Beginn der Verhandlungen veröffentlichte Irans Außenminister Hossein Amir-Abdollahian eine Erklärung, in der es heißt, Ziel der Verhandlungen seien die exakte Umsetzung des Abkommens von 2015 und die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen Irans zu allen Ländern. „Selbstverständlich bedingt die Rückkehr zu dem Abkommen die vollständige Aufhebung aller Sanktionen gegen Iran“, betonte der Minister. Nur wenn dies garantiert und ein Schadenersatz an Iran in Betracht gezogen werde, werde Iran dazu bereit sein, alle getroffenen Maßnahmen, die von dem Abkommen abweichen, zurückzunehmen. Eine Rückkehr der USA zu dem Abkommen sei aus iranischer Sicht nicht von Belang. Es sei denn, es werde sichergestellt, dass sich „die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit“ nicht wiederholen und Teherans Partner unbeschwert ihre Handelsbeziehungen mit Iran fortsetzen können.

Auch Irans Verhandlungsführer Kani hatte in einem Beitrag für die Financial Times geschrieben: „Der Westen muss die Aufhebung aller Sanktionen gegen Iran garantieren und für jeden Verstoß gegen das Abkommen eine Entschädigung zahlen.“ Außenamtssprecher Said Chatibsadeh sagte, Iran habe eine „qualifizierte“ Delegation nach Wien geschickt und damit seine Kompromissbereitschaft bewiesen. „Wenn die

andere Seite die gleiche Bereitschaft zeigt, sind wir auf dem richtigen Weg zu einer Einigung.“

Trotz der auf allen Seiten herrschenden Skepsis wurde der neue Start der Gespräche als positiv bewertet. Es sei bei allen Delegationen der gute Wille, sich zu einigen, spürbar, sagte Mora nach dem ersten Tag der Verhandlungen der Presse. Alle Teilnehmer hätten die Darstellungen und Anliegen der Iraner mit großem Interesse vernommen. Auch die Iraner hätten klar gezeigt, dass sie ernsthaft an der Wiederbelebung des Abkommens interessiert seien. Iran bestehe nach wie vor auf einer vollständigen Aufhebung der Sanktionen, habe aber die Ergebnisse der vergangenen sechs Verhandlungsrunden nicht abgelehnt. Die Delegation betrachte diese Ergebnisse als eine „positive Basis“, auf der die Verhandlungen fortgesetzt werden könnten, sagte Mora. „Allerdings müssen wir die Sensibilitäten der neuen Regierung in Teheran berücksichtigen“, fügte der Diplomat hinzu.

Am gleichen Tag, an dem die Verhandlungen in Wien begannen, trafen sich die Außenminister Großbritanniens und Israels in London. Beide kündigten eine härtere Gangart gegen Iran an. In einem gemeinsamen Beitrag für die Zeitung The Telegraph schrieben Liz Truss und Jair Lapid, sie würden „Tag und Nacht“ alles unternehmen, um eine nukleare Bewaffnung Irans zu verhindern. Allerdings schienen die beiden Minister sich über den Weg nicht einig zu sein. Während Truss die Verhandlungen in Wien als „letzte Chance“ bezeichnete, warnte Lapid auf einer Pressekonferenz davor, die Sanktionen gegen Iran aufzuheben. „Sie (die Iraner) werden auf Zeit spielen, mit der Aufhebung der Sanktionen Milliarden verdienen, die Welt weiterhin täuschen und ihr Atomprogramm im Geheimen weitertreiben.“

Auch Israels Ministerpräsident warnte, „nicht der iranischen Erpressung nachzugeben“. Teheran verhandle, um die Sanktionen aufzuheben, ohne im Gegenzug etwas dafür zu geben. Irans Ziel sei, Israel zu zerstören.

Iran protestierte gegen das Treffen von Truss und Lapid. „Die britische Außenministerin trifft sich im Vorfeld der Verhandlungen mit dem Außenminister eines Landes, das von Anbeginn alles daran gesetzt hat, um ein Abkommen mit Iran zu verhindern“, sagte Chatibadeh. Wenn man sieht, dass mache europäische Staaten nicht mit einem festen Willen nach Wien kommen, die Sanktionen aufzuheben, hegt man den Verdacht, dass sie an den Verhandlungen nur teilnehmen, um sie in die Länge zu ziehen und am Ende scheitern zu lassen.“

---

## AUSSENPOLITIK

---

USA und arabische Staaten kritisieren Irans Raketenprogramm / Probleme mit afghanischen Flüchtlingen / Amir-Abdollahian in Moskau / Langfristige Pläne zwischen Iran und der Türkei vereinbart / Hackerangriffe gegen israelische Server-Dienstleister / Iran und die Klimakonferenz / Briten wollen möglicherweise Schulden an Iran zurückzahlen / UN-Berichterstatte über die Lage der Menschenrechte in Iran / Anschlag auf iranisches Konsulat in Hamburg

---

### USA UND ARABISCHE STAATEN KRITISIEREN IRANS RAKETENPROGRAMM

Die USA und ihre arabischen Verbündeten am Persischen Golf haben am 18. November auf einer gemeinsamen Sitzung des Golfkooperationsrats mit dem Iran-Beauftragten der US-Regierung Robert Malley in Saudi-Arabien Iran vorgeworfen, mit seinem Atomprogramm und seinen ballistischen Raketen und Drohnen die gesamte Region destabilisiert zu haben.

Bereits zuvor hatte US-Verteidigungsminister Lloyd J. Austin vor seiner Reise in die arabischen Staaten erklärt, er unterstütze die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten Joe Biden, ein neues Atomabkommen mit Iran zu vereinbaren. Doch Iran stelle über sein Atomprogramm hinaus eine Bedrohung für die Sicherheit der gesamten Region dar. Die USA seien bereit, dieser Bedrohung und Herausforderung entgegenzuwirken, sagte der Minister. Er besuchte Bahrain und die Arabischen Emirate und führte in diesen Ländern Gespräche mit Vertretern der Regierung und hochrangigen Militärs.

In der auf der gemeinsamen Sitzung in Saudi-Arabien veröffentlichten Erklärung heißt es, alle an der Sitzung teilnehmenden Staaten „fordern die neue Regierung in Iran auf, die Chance, die die Verhandlungen in Wien zu einer diplomatischen Lösung der Konflikte bieten, zu ergreifen und jede Art von Konfrontationen zu vermeiden, die Krisen herbeiführen könnten.“

In der von den USA, Saudi-Arabien, den Arabischen Emiraten, Katar, Bahrain, Oman und Kuwait unterzeichneten Erklärung heißt es weiter, Iran habe Schritte unternommen, die mit friedlicher Nutzung der Atomenergie nichts zu tun hätten, wohl aber einer militärischen Nutzung dienen könnten. Zu verurteilen seien auch die aggressiven und gefährlichen Aktivitäten Irans, wie der Einsatz von ballistischen Raketen. „Die Unterstützung paramilitärischer Organisationen in der gesamten Region sowie der Einsatz von unbemannten Drohnen bedrohen ernsthaft die Stabilität und Sicherheit sämtlicher Staaten der Region.“

Malley hatte auf seiner Reise in die arabischen Staaten auch Israel besucht. Zweck der Reise Malleys war laut dem US-Außenministerium, den Staaten in der Region die Standpunkte der US-Regierung zu dem Konflikt mit Iran darzulegen und gemeinsame Aktivitäten zu planen.

## PROBLEME MIT AFGHANISCHEN FLÜCHTLINGEN

Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan versuchen täglich vier- bis fünftausend afghanische Flüchtlinge, nach Iran zu gelangen. „Tausende von erschöpften Frauen, Kindern und Männern überqueren jeden Tag die Grenze von Afghanistan nach Iran auf der Suche nach Sicherheit“, sagte der Generalsekretär des Norwegischen Flüchtlingsrats (NRC), Jan Egeland, bei einem Besuch in Iran, laut dpa am 11. November. Iran sei nicht allein in der Lage, für diese Geflüchteten zu sorgen. Andere Länder seien aufgefordert, Hilfe zu leisten. „Die Hilfe muss sofort aufgestockt werden, sowohl innerhalb Afghanistans als auch in den Nachbarländern wie Iran, bevor die tödliche Winterkälte einbricht.“

Iran ist seit vierzig Jahren Gastland für Millionen afghanischer Flüchtlinge. Zwar sind in den vergangenen Jahren tausende afghanische Familien in ihre Heimat zurückgekehrt. Doch zugleich kamen und kommen ununterbrochen Menschen aus Afghanistan, die in Iran Asyl suchen. Viele wollen in Iran bleiben oder über Iran nach Europa weiterreisen. Bei den Geflüchteten handelt es sich nicht nur um Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen. Es sind auch Angehörige von religiösen und ethnischen Minderheiten, die seit der Machtübernahme der Taliban um Leib und Leben fürchten. Viele berichten, dass sie aus ihren Häusern vertrieben worden seien, als Einwohner des Landes nicht mehr geduldet werden und keinen Ausweg mehr sehen als Flucht. Mindestens 30.000 Afghan/innen sind seit der Machtübernahme der Taliban nach Iran geflohen. Insgesamt leben derzeit mindestens 3,6 Millionen Afghanen in Iran.

Egeland sagte, von den 300 Millionen Dollar, um die der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) für afghanische Flüchtlinge außerhalb des Landes gebeten wurde, sollen 136 Millionen Dollar für Flüchtlinge in Iran verwendet werden. Er gestand

jedoch, dass bislang nur 32 Prozent dieser Summe tatsächlich zur Verfügung gestellt worden seien. Der Winter werde die Zahl der Flüchtlinge weiter erhöhen, sagte er.

Lobend äußerte sich Egeland über den Umgang der iranischen Behörden mit den Flüchtlingen. Obwohl das Land von der Epidemie stark betroffen sei, seien die Flüchtlinge geimpft worden. Ihre Kinder könnten ungeachtet des rechtlichen Status ihrer Eltern öffentliche Schulen besuchen. „Dies ist ein Beispiel für eine der integrativsten Flüchtlingspolitiken der Welt“, zitiert dpa den NRC-Chef. Offenbar hat Egeland bei seinem kurzen Besuch nichts erfahren von den Diskriminierungen, denen die Afghanen in Iran ausgesetzt sind.

Indes versucht Teheran, die Beziehungen zu der neuen Macht in Kabul zu regeln. Mitte November wurde Hassan Kasemi Ghomi, Sonderbeauftragter der Regierung für Afghanistan, von den Taliban in Kabul empfangen. „Es gibt eine gute Basis für die Zusammenarbeit zwischen Iran und Afghanistan“, sagte er bei seinem Eintreffen. „Wir hoffen, dass es Afghanistan, dessen Schicksal nun in der Hand des eigenen Volkes liegt, gelingen wird, eine starke Regierung zu bilden, die den Wünschen der Bevölkerung entspricht.“

Amir Khan Mottaghi, der gegenwärtig das Außenministerium in Kabul geschäftsführend leitet, sagte in einem Interview mit der BBC: „Jedes Land hat eine eigene Auffassung von einer umfassenden Regierung. Wir sind dabei, daran zu arbeiten.“ Er betonte, die gegenwärtige Regierung umfasse „alle Volksgruppen“ in Afghanistan. „Alle Angestellten der früheren Regierung, das sind etwa 500.000 Personen, sind weiterhin tätig. Wenn die Staatengemeinschaft die frühere Regierung als ‚umfassend‘ betrachtet hat, muss sie auch unsere Regierung als umfassend betrachten. (...) Unser Hauptanliegen ist nicht, international anerkannt zu werden. Unser Hauptanliegen war, Afghanistan (von Fremdherrschaft) zu befreien. Das haben wir geschafft und haben eine starke Regierung gebildet. Wir kooperieren mit anderen Staaten, sind mit ihnen im Gespräch.“

Ghomi führte während seines dreitägigen Besuchs auch Gespräche mit Ministerpräsident Hassan Achund und seinem Vize Mullah Abdul Ghani Baradar. Noch hat kein Staat die Regierung der Taliban offiziell anerkannt. Doch sowohl Iran als auch andere Nachbarstaaten befinden sich auf dem Weg dazu. Laut der afghanischen Nachrichtenagentur sprach Ghomi mit der afghanischen Führung über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, humanitäre Hilfen, Flüchtlingsprobleme und regionale Fragen. Der Wirtschaftsminister der Taliban, Mohammad Farhat, bezeichnete Iran als „einen guten Nachbarn“. Er hoffe weiterhin auf „stabile Beziehungen“ zu dem Nachbarland, sagte er.

Bislang hatte Iran gute wirtschaftliche Beziehungen zu Afghanistan. Nun äußerte der Leiter der iranischen Handelskammer, Hossein Salimi, die Befürchtung, dass afghanische Investoren ihr Kapital in die Türkei verlagern könnten. Denn die Türkei mache den Afghanen günstigere Angebote.

Bisher konnten afghanische Investoren eine Aufenthaltsgenehmigung für Iran bekommen, wenn sie ein Kapital von mindestens 300.000 Dollar anlegen würden. Doch inzwischen ist diese Summe in die Höhe geklettert. Demgegenüber können afghanische Investoren für eine Investition in der Türkei in Höhe von 250.000 Dollar nicht nur eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, sondern auch einen türkischen Reisepass.

Iran hatte vor zwei Jahren beschlossen, Unternehmern, die mindestens 250.000 Dollar in Iran investieren, eine fünfjährige Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Doch dieses Angebot wurde vollständig ignoriert. Denn es löste zwar für fünf Jahre das Aufenthaltsproblem, nicht jedoch die Probleme, mit denen die Afghanen in Iran konfrontiert sind, wie zum Beispiel mit dem Besitz eines Personalausweises oder dem Schulbesuch ihrer Kinder. „Sollten wir diese Politik fortsetzen, werden wir kaum noch die Möglichkeit haben, afghanische Investoren in unserem Land zu behalten“, sagte Salimi.

## AMIR-ABDOLLAHIAN IN MOSKAU

Sergej Baburin, ehemaliger Vizepräsident der Staatsduma, erklärte, der Besuch des iranischen Außenministers Hossein Amir-Abdollahian in Moskau Anfang November werde sowohl auf die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Iran als auch international eine positive Wirkung haben. Baburin, der 2018 Präsidentschaftskandidat war, sagte vor der Presse: „Die Reise des iranischen Außenministers hat gute Ergebnisse gebracht und gezeigt, dass die Positionen beider Länder zu regionalen und internationalen Fragen sehr nah beieinander liegen.“ Die wichtigste Errungenschaft bei den Gesprächen sei die Feststellung gewesen, dass Russland und Iran ohne Einmischung der Mächte außerhalb der Region, deren Ziel nur die Stärkung ihrer Präsenz sei, die Konflikte und Probleme lösen könnten. Angesichts der Einmischung einiger Mächte hätten die Konflikte in der Region Südkaukasus bei den Gesprächen eine wichtige Rolle gespielt, sagte Baburin weiter. Russland und Iran seien bestrebt, diese Konflikte diplomatisch zu lösen und jede politische Auseinandersetzung zu vermeiden, die zu einer militärischen Konfrontation führen könnte. Beide Staaten haben gute Beziehungen zu Armenien und der Republik Aserbaidschan und kein Interesse an einem Krieg zwischen diesen Staaten. Russland habe sich aktiv bemüht, den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan in Bergkarabach zu beenden, was am 10. November vergangenen Jahres auch geschehen sei.

Baburin, der oft Iran besucht hat, meinte, Iran sei ein „friedliebendes“ Land mit einer großen alten Kultur, das keine Kriege in seiner Nachbarschaft haben möchte und immer bemüht sei, die Konflikte in den Nachbarstaaten friedlich zu lösen. Er begrüßte es, die 3+3-Initiative Russlands, die Gespräche zwischen Iran, Russland und der Türkei einerseits und Armenien, der Republik Aserbaidschan und Georgien andererseits ins Leben gerufen haben.

Zu den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm sagte Baburin: „Wir sind der Meinung, dass das Abkommen von 2015 wieder gelten sollte, und zwar mit Rücksicht auf die Interessen Irans. Das Land hat bewiesen, dass es keine nukleare Bewaffnung anstrebt. Es muss deshalb die Möglichkeit bekommen, sein Atomprogramm zu friedlicher Nutzung, Erzeugung von Strom und Entwicklung der Forschung weiter auszubauen.“ Iran habe nicht gegen das wichtigste Ziel des Abkommens, keine Nuklearwaffen zu produzieren, verstoßen, während die USA und ihre Verbündeten Teile des Vertrags außer Kraft gesetzt hätten. Die Außenminister Russlands und Irans seien bei ihrem Treffen übereingekommen, dass das Abkommen von 2015 „unverändert“ wieder aufgenommen werden müsse.

Der Besuch Amir-Abdollahians in Moskau habe auch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen Irans zu der Eurasischen Wirtschaftsunion, bei der Russland eine Schlüsselrolle spielt, bekräftigt, sagte Baburin. Iran habe sich an einer Mitgliedschaft in diesem Bündnis interessiert gezeigt. Wie Russlands Außenminister Sergej Lawrow bei der gemeinsamen Pressekonferenz betont habe, seien die Vorbereitungen dazu bereits im Gange. Mehr als 500 Waren könnten zwischen Iran und dem Bündnis ausgetauscht werden. Dem Bündnis gehören neben Russland die Staaten Armenien, Kasachstan, Kirgistan und Belarus an.

Baburin sprach auch über die Zusammenarbeit Russlands und Irans bei der Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, wie zum Beispiel in Syrien und Jemen und im Kampf gegen den Terrorismus. Beide Staaten hätten bekräftigt, dass die Konflikte auf diplomatischem Weg und ohne Einmischung der Außenmächte zu lösen seien. Das gelte auch für Afghanistan. Die gemeinsame Botschaft an die Taliban sei, die Interessen von religiösen und ethnischen Minderheiten zu berücksichtigen.

Russland und Iran seien fest entschlossen, ihre engen Beziehungen weiter auszubauen. Beide Staaten hätten ausreichend Potential, um ihre Zusammenarbeit politisch, wirtschaftlich und kulturell auszubauen, betonte Baburin.

### **LANGFRISTIGE PLÄNE ZWISCHEN IRAN UND DER TÜRKEI VEREINBART**

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu traf am 15. November zu Gesprächen mit der iranischen Regierung in Teheran ein. Irans Außenminister Hossein Amir-Abdollahian sagte nach dem Treffen mit ihm vor Journalisten, beide Seiten seien übereingekommen, mit der Umsetzung der gemeinsamen langfristigen Pläne zu beginnen. Er hoffe, dass entsprechende Vereinbarungen demnächst unterzeichnet werden. Dies werde spätestens bis zum Jahresende geschehen, sagte Cavusoglu. Er zitierte das Gedicht des iranischen Dichters Sohrab Sepehri „Wo ist das Haus des Freundes?“ und sagte: „Für mich ist Teheran immer das Haus des Freundes.“

Auch Irans Präsident Ebrahim Raisi erklärte beim Treffen mit dem türkischen Außenminister, „Iran und die Türkei sollten immer dazu bereit sein, ihre Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim Kampf gegen Terrorismus und organisierter Kriminalität.“

Bei den Gesprächen Cavusoglus mit der iranischen Führung wurden auch die Probleme in Afghanistan, Irak, Libanon, Syrien, Jemen und dem südlichen Kaukasus erörtert. Ein wichtiges Thema zwischen Iran und der Türkei ist der Vertrag über die Gaslieferungen von Iran in die Türkei, der 2026 ausläuft. Bislang wurde über eine mögliche Verlängerung nicht gesprochen. Ankara hatte mehrmals wegen der Erhöhung der Gaspreise in den Wintermonaten und wegen Einstellung der Gaslieferungen bei internationalen Gerichten gegen Iran geklagt.

### **HACKERANGRIFFE GEGEN ISRAELISCHE SERVER-DIENSTLEISTER**

Einem Bericht der AFP vom 30. Oktober zufolge hat die Hackergruppe Black Shadow den israelischen Server-Dienstleister Cyberserve gehackt und damit die Daten mehrerer Unternehmen und Organisationen abgegriffen. Die Gruppe, die im Nachrichtendienst Telegram die Verantwortung für den Angriff übernahm, soll Verbindungen zu Iran haben. „Wir haben Neuigkeiten für euch“, teilte sie mit. „Ihr könnt euch heute Abend wahrscheinlich auf vielen Websites nicht einloggen, weil Cyberserve und seine Kunden von uns ins Visier genommen wurden.“ Von dem Angriff betroffen waren laut AFP die öffentlichen Verkehrsbetriebe Dan und Kavim im Großraum Tel Aviv, das Kindermuseum der Stadt Holon und der öffentliche Rundfunk. Die Gruppe veröffentlichte Namen, Telefonnummern, E-Mail-Adressen und Geschlecht von etwa tausend Personen, die auf der Suche nach neuen Freundschaften sind. „Hier sind die ersten Daten“, schrieben die Hacker. „Wenn Sie uns nicht kontaktieren, werden es noch mehr sein.“ Wenig später hieß es: „Man hat uns nicht kontaktiert. Hier sind weitere Informationen.“ Dann hieß es: „Wenn wir in den kommenden 48 Stunden eine Million Dollar in unserer Tasche haben, werden wir diese Informationen nicht preisgeben und wir werden sie auch an niemanden verkaufen.“

Gegenwärtig ist zwischen Iran und Israel ein Cyberkrieg im Gange, der sich in den letzten Wochen zugespitzt hat. Im Oktober waren in Iran 4300 Tankstellen außer Betrieb gesetzt worden. Ursache war ein Softwaredefekt, der das Tanken mit der Subventionskarte an den meisten Tankstellen verhindert hat. Die Folge war ein tagelanger Zusammenbruch des Verkehrs. Iran machte die USA und Israel dafür verantwortlich. Der Angriff habe das Ziel gehabt, Chaos zu erzeugen und Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu säen, sagte Präsident Ebrahim Raisi. Und General Gholamreza Dschalali, Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium, erklärte, die Ermittlungen hätten ergeben, dass der Angriff von

ausländischen Mächten, den USA und Israel, durchgeführt worden sei. Allerdings seien die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen, so dass eine endgültige Stellungnahme zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sei. Auch die Anschläge der vergangenen Monate auf iranische Atomanlagen sollen nach iranischer Darstellung von Israel verübt worden sein.

Israelischen Medien zufolge handelt es sich bei der Gruppe Black Shadow um eine antiisraelische Organisation mit Verbindung zu Iran. Sie hatte bereits im März das Finanzunternehmen KLS Capital angegriffen und im Dezember 2020 eine große Menge von Daten der israelischen Versicherungsgesellschaft Shirbit gestohlen.

Der israelische Sender Kanal 12 berichtete am 8. November unter Berufung auf den Auslandsgeheimdienst Mossad, Israel habe einige iranische Angriffe in Afrika abgewehrt. Demnach versuchten Einheiten der Al-Kuds-Brigade, einer Abteilung der iranischen Revolutionsgarden für Auslandseinsätze, seit Monaten, israelische Unternehmer in Senegal und Ghana sowie israelische Touristen in Tansania anzugreifen. Fünf verdächtige Personen mit afrikanischen Pässen seien in diesem Zusammenhang festgenommen worden.

Aus Teheran gab es noch keine Reaktionen auf den Bericht.

Einem Bericht der New York Times zufolge haben US-Geheimdienstler ihren israelischen Kollegen gegenüber erklärt, die Angriffe gegen iranische Einrichtungen und Wissenschaftler könnten eine negative Wirkung haben. „Mag sein, dass der Terroranschlag auf den Atomwissenschaftler Mohssen Fachrisadeh und andere und die Anschläge auf Atomanlagen taktisch richtig sind, doch langfristig könnten sie das Gegenteil dessen bewirken, was angestrebt wird.“ Denn Iran habe schneller als je zuvor sein Atomprogramm weiterentwickelt.

## IRAN UND DIE KLIMAKONFERENZ

Wie erwartet nahm Irans Präsident an der Klima-Konferenz in Glasgow nicht teil, wohl aus Furcht, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgenommen zu werden. Eine iranische Delegation traf erst drei Tage nach Beginn der Konferenz in Glasgow ein. Geleitet wurde sie von dem neu ernannten Chef der Umweltschutzbehörde, Ali Saladschegheh.

Zuvor hatte der Leiter der Gruppe im Amt für Umwelt, die für Klimaveränderung zuständig ist, erklärt, die Art des Energieverbrauchs und die damit verursachte hohe Umweltverschmutzung habe dazu geführt, dass die Treibhausgase hierzulande genauso hoch sind wie etwa in dem Industrieriesen Deutschland, obwohl Deutschland im Gegensatz zu Iran auch durch Kohle Energie erzeugt, was unter den fossilen Stoffen die meisten Treibhausgase produziert.

Iran hatte auch in den vergangenen Jahren die Aufhebung der Sanktionen zur Bedingung seiner Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Bereich Umweltschutz gemacht. Die ehemalige Regierung von Hassan Rohani hatte erklärt, sollten die Sanktionen gegen Iran aufgehoben werden, werde das Land bis 2030 die Treibhausgase um 4 Prozent reduzieren.

Zwar trifft es zu, dass die Sanktionen die Aktivitäten gegen Klimaveränderung erschweren. Dennoch könnte Iran infrastrukturelle Maßnahmen treffen, um die Schadstoffe zu reduzieren. Doch mächtige Lobbyisten, wie die der Autoindustrie, bildeten für die Regierung unüberwindbare Hindernisse. Alle Proteste der Experten und Umweltaktivisten blieben ohne Wirkung.

Studien von Experten, darunter auch von deutschen Sachverständigen, zeigen, dass Iran, auch bei Fortsetzung der Nutzung fossiler Brennstoffe, durchaus in der Lage wäre, die Treibhausgase um 40 Prozent zu reduzieren. Voraussetzung wäre der Einsatz von erneuerbaren Energien.

Das eigentliche Problem besteht darin, dass die Konservativen und Ultras, die seit August dieses Jahres die Macht monopolisiert haben, nicht an die Klimaveränderung und Umwelterwärmung glauben und daher jede internationale Verpflichtung Irans in diesem Bereich ablehnen. All die Dürreperioden, der Wassermangel und die sich häufenden Umweltkatastrophen, von denen Iran besonders betroffen ist, können die Führung des Landes nicht davon überzeugen, dass schlimme Zeiten bevorstehen, wenn nicht so rasch wie möglich Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung unternommen werden.

### **BRITEN WOLLEN MÖGLICHERWEISE SCHULDEN AN IRAN ZURÜCKZAHLEN**

Der ehemalige britische Außenminister Jeremy Hunt sagte in einem Radiointerview am 11. November, der Besuch des iranischen Vizeaußenministers Bagheri Kani in London biete eine gute Gelegenheit, das Problem Nazanin Zaghari-Ratcliffe zu lösen.

Kani war im Zusammenhang mit dem iranischen Atomkonflikt zu Gesprächen mit seinem britischen Amtskollegen Vizeaußenminister James Cleverly nach London gekommen. Das Treffen fand in einem Gebäude statt, vor dem sich der Mann von Nazanin Zaghari, Richard Ratcliffe, in einem Hungerstreik befand. Die jetzt 43-jährige iranisch-britische Projektmanagerin der Thomson-Reuters-Stiftung war 2016, nach einem Besuch ihrer Eltern, in Teheran unter dem Vorwurf der Spionage festgenommen und von einem Revolutionsgericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Doch auch nach Ablauf ihrer Haftzeit wurden im April dieses Jahres neue Vorwürfe gegen sie vorgebracht. Sie wurde wegen Propaganda gegen die Islamische Republik zu einem weiteren Jahr Gefängnis verurteilt. Eine Berufung wurde von einem Revisionsgericht zurückgewiesen. „Die Freilassung von Nazanin Zaghari ist irgendwie mit der Rückzahlung der Schulden in Höhe von 400 Millionen Pfund verknüpft“, sagte Hunt. Er hoffe, dass der Knoten sich bald lösen werde.

Bei den Schulden handelt es sich um den Kauf von britischen Panzern in der Zeit vor der Revolution. Die Panzer wurden nie geliefert, obwohl Iran sie schon bezahlt hatte. „Wenn das Geld, das Iran verlangt, ein Lösegeld wäre für die Freilassung von Zaghari, dann wäre es moralisch problematisch. Denn damit würde man Iran ermuntern, weitere Geiseln zu nehmen. Doch bei dem Geld handelt es sich um Schulden Großbritanniens, die zurückgezahlt werden müssen“, sagte Hunt. Er räumte allerdings ein, dass die Rückzahlung möglicherweise gegen die Sanktionen verstoßen würde. „Aber das Problem lässt sich auf dem Weg humanitärer Hilfeleistungen lösen.“

In Interviews mit anderen Sendern sagte Hunt auf die Frage, wieso er glaube, dass der Besuch von Kani für Zaghari eine gute Nachricht bringen könnte, derzeit befinde sich die gesamte Macht in Iran in der Hand der Konservativen. Damit sei die Regierung in der Lage, Entscheidungen zu treffen und sie durchzusetzen.

Als Kani in London eintraf, befand sich Richard Ratcliffe bereits seit 19 Tagen im Hungerstreik. Mit seiner Aktion wollte er die britische Regierung dazu zwingen, sich zielgerichteter für die Freiheit seiner Frau einzusetzen. „Ich will, dass meine Frau freigelassen wird und zu ihrer Familie zurückkommt“, sagte er. In einem Interview mit der BBC bezeichnete er den Besuch Kanis als einen „überraschenden Fortschritt“ und äußerte die Hoffnung, dass die Rückzahlung der britischen Schulden bald einvernehmlich geregelt werde. Ratcliffe beendete nach 21 Tagen seinen Hungerstreik. Er habe sein Ziel nicht erreicht, müsse aber aus gesundheitlichen Gründen den Streik beenden. Schließlich müsse er in der Lage sein, für seine siebenjährige Tochter zu sorgen.

Am 17. November erklärte der britische Premierminister Boris Johnson vor einem Ausschuss im Unterhaus, er halte es für „überlegenswert“, die Millionen Schulden an Iran in „Kästen voller Bargeld“ zu zahlen, um die Sanktionen zu umgehen.

## UN-BERICHTERSTATTER ÜBER DIE LAGE DER MENSCHENRECHTE IN IRAN

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Lage der Menschenrechte in Iran, Djawid Rahman, erklärte in seinem letzten Bericht, den er am 25. Oktober dem dritten Komitee der UN-Vollversammlung vortrug, dass im vergangenen Jahr mindestens 200 Menschen in Iran hingerichtet worden seien. Er kritisierte vor allem die Hinrichtungen von Jugendlichen, die bei der Straftat weniger als 18 Jahre alt waren.

Bei den Prozessen werde nicht ein Mindestmaß an international anerkannten Regelungen eingehalten. Die Richter begründeten ihre Urteile mit Aussagen, die durch Folter erzwungen worden seien, sagte Rahman. In den iranischen Gefängnissen gebe es nicht selten mysteriöse Tote. Als Beispiel erwähnte Rahman den Tod des Kurden Amir Hossein Hatami oder den Tod von Schahin Nasseri, der im Fall von Navid Afkari als Zeuge aufgetreten war. Afkari wurde wegen Teilnahme an Demonstrationen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das Gericht hatte ihn beschuldigt, einen Beamten getötet zu haben, was Nasseri als Zeuge bestritt.

Rahmani verwies auch auf Videoaufnahmen, die in die Öffentlichkeit gelangt waren und auf denen zu sehen war, wie Gefangene gefoltert wurden. Er kritisierte die Repressionen gegen Angehörige von Verurteilten, Anwälte, Journalisten und auch die willkürlichen Verhaftungen und Urteile. Er erwähnte den kritischen Zustand des iranisch-amerikanischen Staatsbürgers Bagher Namasi, der Ausreiseverbot habe und dringend operiert werden müsse.

Rahmani berichtete über das brutale Vorgehen der Ordnungskräfte, Revolutionsgarden und Basidsch-Milizen gegen Demonstranten, bei dem oft von Waffen Gebrauch gemacht worden sei. Er kritisierte die Gewaltanwendungen, nächtliche Verhaftungen, Hinrichtungen und Misshandlungen in den Gefängnissen.

„Statt zur Verantwortung gezogen zu werden, erhalten die Täter und Befehlshaber hochrangige Posten“, sagte Rahmani. Selbst die Proteste gegen Wassermangel in der Provinz Chusistan seien gewaltsam niedergeschlagen worden. Dabei seien neun Menschen getötet worden.

Rahmani berichtete auch über die Vorgänge beim Kampf gegen die Corona-Epidemie. Dabei seien der Bevölkerung international anerkannte Impfstoffe vorenthalten und damit das Sterben zahlreicher Menschen in Kauf genommen worden. Zwar seien seit Kurzem die Impfstoffe zugelassen worden, doch die Verantwortlichen sollten erklären, warum sie so lange damit gezögert haben.

Die Vertretung Irans bei der UNO reagierte erbost auf Rahmanis Bericht. Die Behauptungen Rahmanis seien nichts anderes als „längst verbrauchte denunzierende Klischees“, hieß es. Auch Kazem Gharibabadi, Vizejustizchef zuständig für Menschenrechte, bezeichnete den Bericht als eine „rein politische, irreführende Aktion“. Überhaupt sei die Ernennung eines Sonderbeauftragten für Menschenrechte in Iran ein politischer Akt des Westens, insbesondere Kanadas, der gegen das iranische Volk gerichtet sei. Dennoch habe sich Iran nicht geweigert, mit Rahmani über Besonderheiten in bestimmten Ländern Gespräche zu führen. Fest steht jedenfalls, dass Teheran, obwohl mehrfach beantragt, Rahmani einen Besuch in Iran verweigert hat.

Teheran wirft Rahmani weiter vor, in seinem Brief kein Wort über die unmenschlichen Sanktionen der USA gegen Iran verloren zu haben. Zu den Hinrichtungen heißt es in der Erklärung Teherans: „Wir haben dem UN-Beauftragten klar erläutert, dass eine Hinrichtung nur für schlimmste Verbrechen vorgesehen ist und nur nach einem langen Prozess stattfindet.“

### **ANSCHLAG AUF IRANISCHES KONSULAT IN HAMBURG**

Das Teheraner Außenministerium hat den Brandanschlag auf das iranische Konsulat in Hamburg verurteilt und die Bundesregierung aufgefordert, den Schutz der iranischen Vertretungen in Deutschland „ernsthaft und verantwortlich“ zu gewährleisten. Unbekannte hatten am Abend des 20. November das iranische Konsulat in Hamburg mit Molotow-Cocktails angegriffen, was am Eingang des Gebäudes Schäden verursachte. Verletzte gab es keine. Der Fahrer eines vorbeifahrenden Autos hatte den Vorgang beobachtet und die Polizei informiert. Zunächst wurden zwei Rumänen festgenommen, nach einigen Stunden aber wieder freigelassen. Da ein politischer Hintergrund vermutet wurde, übernahm der Staatsschutz den Fall.

Es war nicht das erste Mal, dass eine diplomatische Vertretung Irans angegriffen wurde. Sowohl während der Schah-Zeit als auch seit der Revolution wurden oft iranische Botschaften und Konsulate in verschiedenen Ländern besetzt beziehungsweise angegriffen.

Das Teheraner Außenministerium bestellte nach dem Vorfall den deutschen Botschafter ein.